



24.3194

Motion Zuberbühler David.
Sofortige Einstellung der Beiträge
an das Hilfswerk der Vereinten
Nationen für Palästina-Flüchtlinge
im Nahen Osten (UNRWA)

Motion Zuberbühler David.
Suspendre immédiatement
les contributions à l'UNRWA

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 29.05.24

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.09.24

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.03.25

Antrag der Mehrheit
Annahme der Motion

Antrag der Minderheit
(Chassot, Michel Matthias, Moser, Roth Franziska, Sommaruga Carlo, Würth)
Ablehnung der Motion

Proposition de la majorité
Adopter la motion

Proposition de la minorité
(Chassot, Michel Matthias, Moser, Roth Franziska, Sommaruga Carlo, Würth)
Rejeter la motion

Präsident (Caroni Andrea, Präsident): Es liegt Ihnen ein schriftlicher Bericht der Kommission vor. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

Germann Hannes (V, SH), für die Kommission: Ich spreche im Namen der Kommissionsmehrheit, einer knappen Mehrheit Ihrer APK, die Ihnen beantragt, die Motion anzunehmen.

Was will die Motion Zuberbühler? Sie will den Bundesrat beauftragen, erstens die Beiträge an das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten, kurz UNRWA, per sofort einzustellen und zweitens dafür zu sorgen, dass die UNRWA in Zukunft keine weiteren finanziellen Beiträge erhält. Der Antrag auf Annahme ist wie gesagt knapp, nämlich mit 6 zu 6 Stimmen und Stichentscheid des Präsidenten, zustande gekommen. Eine Minderheit Chassot beantragt Ihnen, die Motion abzulehnen. Nun hat diese Motion natürlich einen Zusammenhang mit der Motion 24.3815, die wir vorhin behandelt haben. Trotzdem bitte ich Sie im Namen der Mehrheit, diese Motion anzunehmen.

Ich habe erklärt, was der Motionär will, aber man muss zur Ausgangslage eben noch sagen, dass wir uns nach dem traurigen Höhepunkt, dem Massaker vom 7. Oktober 2023, schon gut überlegen müssen, was wir tun und welche Zeichen wir aussenden wollen. Wenn Sie die Motion ablehnen, dann senden Sie eigentlich schon das Signal aus: Machen wir so weiter wie gehabt. 75 Jahre, so lange gibt es die UNRWA – es ist bereits bei der vorherigen Motion von den Sprechern erwähnt worden –, aber wir machen jetzt trotz des

AB 2025 S 262 / BO 2025 E 262





traurigen Höhepunkts im Konflikt am 7. Oktober 2023 einfach so weiter; dieses Signal senden Sie aus, wenn Sie die Motion ablehnen.

Ja, die Situation ist natürlich schwierig, das sehen wir alle, und wir haben Handlungsbedarf, vor allem im humanitären Bereich. Es geht um die Menschen, die für dieses Gezerre nichts können, die entsprechend unseren Schutz verdienen und die ihn auch erhalten sollen. Ich muss einfach darauf hinweisen: Ein Problem bei der Fortschreibung des UNRWA-Mandates im Falle einer Ablehnung ist, dass, während alle anderen Flüchtlinge weltweit unter das Mandat des UNHCR fallen, die palästinensischen Flüchtlinge von der eigens für sie geschaffenen UNRWA betreut werden und ihr Flüchtlingsstatus quasi vererbt wird. Nationalrat Zuberbühler hat zu Recht darauf hingewiesen: "Gerade durch diese Vererbbarkeit werden palästinensische Flüchtlinge ohne erkennbaren Sinn in eine ständige Warteposition gedrängt, was Armut, Frustration und Gewalt nach sich zieht, also exakt die Basis für den ideologischen Terror der Hamas darstellt." Die Hamas haben wir in diesem Rat zur Terrororganisation erklärt, meines Wissens taten wir das einstimmig.

Unser heutiger Bundesrat Cassis hat, als er, glaube ich, noch Nationalrat war, festgestellt, und ich zitiere: "Indem wir die UNRWA unterstützen, halten wir den Konflikt am Leben." Daraufhin wurde erwidert, es sei eine perverse Logik, denn eigentlich wollten alle den Konflikt beenden. Gerade die angesprochene perverse Logik hat am 7. Oktober 2023 ihren abscheulichen Höhepunkt gefunden.

Die UNRWA hat über 30 000 Mitarbeitende und behauptet, dass ihre Schulen palästinensischen Kindern Frieden, Toleranz und Menschenrechte beibrächten. Nichtregierungsorganisationen wie UN WATCH und andere haben das Gegenteil festgestellt. Im Gegensatz zu einer Delegation des Parlamentes war ich selbst nie vor Ort und kann darum auch nicht eins zu eins berichten. Was man aber hört, ist alles andere als ermutigend, und bei uns sollten eigentlich alle Alarmlampen auf Rot gehen. Gemäss Untersuchungen setzt die UNRWA an ihren Schulen Lehrer ein, die im Unterricht Hamas-Terroristen als Märtyrer glorifizieren, zu Gewalt gegen Juden aufrufen und beim Massaker sogar gejubelt bzw. dieses bejubelt haben sollen usw. In solchen Situationen ist es natürlich immer schwierig, auf die Suche nach der Wahrheit zu gehen. Immerhin hat man festgestellt, dass der Leiter der 2000 Mitglieder starken UNRWA-Lehrergewerkschaft ein Terrorchef der Hamas im Libanon war – dies nur als Beispiel, um zu verdeutlichen, wie eng die Hamas als Terrororganisation mit der UNRWA verbandelt ist. Dafür gibt es ja auch lokal genügend Indizien, weshalb wir die Augen offen halten sollten. Es kann nicht sein, dass sich unter einem Spital oder Schulhaus eine Terrorbasis befindet, und alle wollen jahrelang weder etwas gesehen noch davon gewusst haben. Das ist einfach nicht glaubwürdig.

In den letzten Monaten haben die Vereinigten Staaten und Schweden klare Zeichen gesetzt. Auch die Niederlande, Italien, Spanien und andere haben angekündigt, Beiträge an die UNRWA ganz oder teilweise zu streichen, weil die UNRWA eben mit dem Terrorismus in Verbindung steht oder schlicht auch ineffizient ist. Nachdem die Verbindungen der UNRWA zur Hamas bestätigt worden sind, machen Israels jüngste Beschränkungen der UNRWA-Aktivitäten das Hilfswerk bei der Erfüllung seines Auftrages unwirksam oder zumindest sehr wenig wirksam. Das ist einfach eine Realität. Dafür können wir nichts. Wir können das zwar bedauern, weil es immer um Menschen geht, aber es ist eine Realität.

In dieser Situation stellt sich in der Tat die Frage: Wie weiter? Wir alle, Mehr- und Minderheit, stehen vollumfänglich zu den Genfer Konventionen, d. h. dem humanitären Völkerrecht, ebenso wie zur humanitären Tradition unseres Landes. Wie sieht nun aber der humanitäre Weg der Schweiz in der Zukunft aus? Nach Überzeugung der Kommissionsmehrheit muss die Schweiz ihre humanitäre Hilfe auf Organisationen verlagern, die transparent sind, die Rechenschaft ablegen und die vor allem unabhängig von terroristischen Gruppen ihren Auftrag erfüllen. Die für die UNRWA bestimmten Mittel sollen stattdessen an andere internationale Organisationen und geprüfte Nichtregierungsorganisationen gehen, die im Gazastreifen und in der Region bereits effizient wirken.

Man kann mir einfach nicht erzählen, dass es keine Organisationen gibt, die für die UNRWA einspringen könnten. Wo Hilfe aus dem Ausland kommt, muss es doch möglich sein, diese im Land zu verteilen, im besten Fall eben direkt an die Leute. Wer kann das? Wer ist bereits dort? Das Welternährungsprogramm, die WHO, die Unicef, das United Nations Development Programme und andere Organisationen können ihre Tätigkeit ausweiten und die Arbeit der UNRWA nach und nach ersetzen. Nach neusten Erkenntnissen sind es noch etwa 15 Prozent der Hilfsgüter, die in den Gazastreifen gelangen, die durch die UNRWA abgewickelt werden. Wenn die Abwicklung dieser 15 Prozent nicht ersetzt werden kann, ist die Welt wirklich arm dran. Dann muss die UNO selbst über die Bücher gehen, es sind hier schliesslich auch Unterorganisationen von ihr massgeblich involviert.

Darum bitte ich Sie heute im Namen der Kommissionsmehrheit, die Motion anzunehmen. Denn die Schweizer Hilfe soll für Frieden und nicht für die Fortsetzung eines Konfliktes eingesetzt werden.





Chassot Isabelle (M-E, FR): Au nom de la forte minorité de la commission, je vous demande de suivre le Conseil fédéral et de rejeter la motion Zuberbühler. Cette motion est en effet beaucoup trop stricte et radicale. Son adoption aurait des conséquences non seulement sur l'engagement et la crédibilité internationale de notre pays, comme dépositaire des Conventions de Genève, mais également et avant tout pour des centaines de milliers de victimes civiles, non seulement à Gaza et dans les territoires occupés, mais également en Jordanie, au Liban et en Syrie.

Nous venons d'adopter la motion 24.3815 de la Commission de politique extérieure du Conseil national, par laquelle le Parlement charge le Conseil fédéral de s'engager auprès de la communauté internationale en faveur d'une solution de remplacement de l'UNRWA. Nous savons cependant toutes et tous dans cette salle que la mise en oeuvre d'une telle solution nécessitera du temps. L'annulation de la conférence sur l'application des Conventions de Genève au Proche-Orient, le 6 mars dernier, laisse entrevoir les difficultés auxquelles pourrait être confrontée la diplomatie suisse. La question qui se pose à nous ce matin est de savoir comment la Suisse entend se comporter jusqu'à ce qu'une telle solution puisse être trouvée et mise en oeuvre efficacement.

Beaucoup d'éléments ont déjà été mentionnés dans les débats sur la situation politique au Moyen-Orient et sur le rôle de l'UNRWA ce matin, et j'essaierai, pour suivre la bonne coutume de ce conseil, de ne pas les répéter. Vous venez cependant d'entendre les arguments de la faible majorité de la commission – comme l'a indiqué lui-même notre collègue Germann – pour justifier l'arrêt immédiat du soutien de notre pays à l'UNRWA. Permettez-moi de revenir sur deux éléments qu'il a mentionnés: la proximité de l'UNRWA avec le Hamas et le fait que d'autres organisations pourraient aussi effectuer les tâches de l'UNRWA. Nous avons toutes et tous condamné fermement dans ce conseil les attentats horribles perpétrés par le Hamas le 7 octobre et interdit à juste titre cette organisation terroriste en décembre dernier. Nous avons à chaque occasion exigé le retour des otages israéliens détenus dans la bande de Gaza, et nous continuerons à le faire jusqu'à ce que le dernier otage soit libéré. Je saisis l'occasion pour remercier le CICR pour son engagement et son action pour exiger des libérations respectant la dignité humaine. Toutes et tous, dans cette salle, nous espérons que le cessez-le-feu pourra se maintenir et qu'une solution sera trouvée, même si les informations de cette nuit sont inquiétantes.

Considérer cependant l'UNRWA comme une organisation potentiellement liée au terrorisme, comme le fait la majorité, c'est omettre les enquêtes approfondies diligentées par l'ONU à la suite des événements du 7 octobre 2023, notamment celles confiées à l'ancienne ministre française des affaires étrangères, Mme Colonna, qui portaient sur 12 employés – ultérieurement 19 – sur les 13 000 personnes employées. Les conclusions de ce rapport sont claires quant à

AB 2025 S 263 / BO 2025 E 263

la non-implication de l'agence onusienne. Je vous invite à lire ce rapport disponible.

Quant à l'argument selon lequel d'autres organisations pourraient reprendre les tâches de l'UNRWA, les auditions auxquelles la commission a procédé ont montré le contraire. Je n'y reviendrai pas, vous l'avez déjà entendu dans le débat de tout à l'heure sur la motion que nous venons de traiter. Je me limiterai cependant à rappeler que ces auditions n'ont montré aucune alternative crédible à court terme pour l'aide humanitaire et le travail éducatif apportés par l'UNRWA à des millions de personnes dans tout le Proche-Orient, dont 75 pour cent de femmes et d'enfants. Car nous parlons bien de tout le Proche-Orient: nous parlons des territoires palestiniens, mais nous parlons aussi de la Jordanie, nous parlons du Liban et nous parlons de la Syrie.

Permettez-moi de reprendre une déclaration de la présidente du CICR, également mentionnée par notre collègue Matthias Michel dans le débat de tout à l'heure, que je vous donne en français: "Nous ne pouvons pas partir du principe qu'une organisation, quelle qu'elle soit, peut reprendre comme cela les structures de 11 000 collaborateurs qui ont fourni des services gouvernementaux pendant des décennies". C'est là l'argument principal qui amène la minorité de votre commission à vous prier de rejeter la motion: il n'y a pas d'alternative à l'UNRWA à l'heure actuelle. L'organisation, fondée par les Nations Unies en 1949, est la seule organisation en mesure d'assurer l'aide humanitaire, la gestion des dispensaires et des hôpitaux et l'éducation scolaire des enfants.

Actuellement, la situation sanitaire et alimentaire désastreuse qui touche 2 millions de personnes dans le territoire de Gaza – ces personnes sont en mode survie – nécessite une aide urgente que seule l'UNRWA a la capacité de fournir. Je voudrais vous donner les derniers chiffres indiqués par les Nations Unies sur les sites les plus récents: c'est plus de 60 pour cent de l'aide qui entre actuellement grâce à l'UNRWA dans les territoires occupés.

Permettez-moi, pour illustrer le débat de ce matin, de vous donner quelques chiffres, que vous trouverez dans les rapports publiés régulièrement par les Nations Unies et qui ne reposent pas sur des sentiments, des





impressions ou des allégations. Dans le domaine de la santé, l'UNRWA fournit 60 pour cent des consultations de soins primaires à Gaza. Ce sont en moyenne 16 000 consultations qui sont réalisées quotidiennement dans les cliniques. Plus de 1700 membres du personnel de l'UNRWA ont participé à la récente campagne de vaccination contre la polio, pour laquelle la Suisse a fourni une aide importante cette année, en vaccinant plus de 213 000 enfants. Quant aux abris, l'UNRWA gère 120 abris à travers la bande de Gaza, accueillant actuellement 120 000 personnes. Depuis le cessez-le-feu, l'UNRWA a aidé plus d'un demi-million de personnes avec des articles non alimentaires. Je vais vous en donner les détails pour que vous vous rendiez compte de la situation: il s'agit de couvertures, de matelas, de tapis de sol, de vêtements, d'ustensiles de cuisine et de bâches pour se protéger de la pluie. L'UNRWA est la seule agence capable de distribuer des tentes à grande échelle à Gaza, un point qui a été inscrit dans l'accord de cessez-le-feu.

Quant à l'éducation, à la veille du conflit, près de 300 000 élèves étaient inscrits dans les écoles, soit environ deux tiers du total des élèves. Depuis le 1er janvier 2025, l'UNRWA a dispensé un enseignement à distance à plus de 260 000 enfants.

Ces chiffres, qui concernent le seul territoire de Gaza, démontrent à mon sens mieux qu'une longue liste d'arguments en quoi la décision de stopper immédiatement les contributions à l'UNRWA entraînerait des conséquences catastrophiques pour la population. Ces conséquences, je me permets d'insister sur ce point, concernent non seulement Gaza, mais également la Cisjordanie, la Jordanie, le Liban et la Syrie. Qui remplacerait l'UNRWA dans ces pays et ces territoires occupés, pour la Cisjordanie? La motion Zuberbühler ne fait pas de distinction. Si vous entérinez l'arrêt de l'aide financière de la Confédération, ce n'est donc pas seulement la population de Gaza qui en souffrira, mais tous les réfugiés palestiniens présents au Moyen-Orient, soit 5,9 millions de personnes répertoriées. Alors oui, il n'y a pas d'alternative pour le moment, comme l'a indiqué la présidente du CICR, comme le rappelle la résolution des Nations Unies du 11 décembre dernier, votée par la Suisse, comme nous l'a confirmé le chef du Département des affaires étrangères lors de notre dernière séance de commission.

Notre collègue Matthias Michel a mentionné tout à l'heure le nombre important de lettres et de courriels que nous recevons au sujet du sort de la motion. Je sais, comme lui, que ce flux de courriers peut être contre-productif, surtout lorsque les courriers sont identiques et font l'objet d'un envoi groupé. J'ai cependant été frappée par le nombre de courriers personnels qui m'ont été adressés. Ils ont en commun un sentiment d'incompréhension et d'impuissance à l'égard de la position que la Suisse pourrait prendre en retirant l'aide humanitaire à la population gazaoue. Je peux comprendre ce sentiment, alors que les images d'une crise humanitaire sans précédent, touchant avant tout les femmes et les enfants, nous parviennent tous les jours, réalité qui risque de connaître son paroxysme avec les récentes décisions du président Trump sur l'aide humanitaire.

La seule réponse politique que nous pouvons donner est de nous orienter vers ce qui a fait et fait la force de la Suisse: la force du droit et non pas le droit de la force. La Suisse, comme siège de l'ONU et comme dépositaire des Conventions de Genève, s'est toujours engagée pour le multilatéralisme et pour le respect du droit international, en particulier du droit international humanitaire. Le chef du DFAE l'a rappelé à l'occasion des commémorations des 75 ans des Conventions de Genève en août dernier, avec les mots suivants – je vais me permettre de le citer:

"Le droit international humanitaire ne peut pas être simplement un droit inscrit sur le papier de notre bonne conscience. Ni même un droit 'à la carte'! Il doit être le droit 'en action'. Nos voix doivent être assez puissantes, et convaincantes, pour que son écho résonne jusqu'au terrain de bataille. Il en va de même pour le respect des résolutions adoptées par le Conseil de sécurité, et notamment celles qui se basent sur des obligations ancrées dans les Conventions de Genève." Je passe sur la mention de ces résolutions et je continue la citation: "Cet anniversaire nous offre l'occasion de réaffirmer notre responsabilité commune envers les Conventions de Genève et les millions de civils qu'elles ont sauvés depuis 75 ans. A nous d'envoyer un signal fort d'engagement politique en faveur du renforcement du respect du droit international humanitaire."

Avec la forte minorité de la commission, nous nous joignons à l'appel du Conseil fédéral et nous vous enjoignons d'envoyer un signal fort en faveur du renforcement et du respect du droit international humanitaire, en rejetant la motion Zuberbühler.

Dans cette situation, il ne s'agit pas de l'UNRWA, du Hamas ou d'Israël, mais de la protection de la population dans le cadre des Conventions de Genève. En rejetant la motion, le Parlement se tiendra du côté du respect du droit international humanitaire, en protégeant la population très durement éprouvée et en lui assurant l'accès à l'aide humanitaire, et cela jusqu'à ce qu'une solution alternative ait pu être trouvée, ce que nous avons décidé en acceptant tout à l'heure la motion 24.3815. En acceptant cette motion, nous donnons une marge de manoeuvre au Conseil fédéral.

Cette marge de manoeuvre est importante. Nous connaissons en effet sur le plan international une situation



des plus instables et nous devons donner au Conseil fédéral la possibilité d'agir et de réagir, possibilité qu'il a actuellement. En rejetant cette motion, nous évitons par ailleurs le risque d'un vacuum sur le plan humanitaire et nous confirmons le mandat du Conseil fédéral. C'est cette voie médiane que je vous invite à suivre. Il a été mentionné à plusieurs reprises que de nombreux pays se seraient retirés du financement de l'UNRWA. Vous me permettez cette dernière remarque: à ce jour, seuls les Etats-Unis et la Suède – peut-être les Pays-Bas, mais ce n'est pas certain – ont réellement arrêté les paiements. Tous les autres Etats qui les avaient suspendus les ont repris, certains les ont même augmentés. Ce n'est pas cette augmentation que vous nous proposez de faire, mais le maintien des montants que

AB 2025 S 264 / BO 2025 E 264

nous avons déjà versés jusqu'à ce jour. La norme n'est pas l'arrêt des paiements, bien au contraire. C'est cette norme que je vous demande de confirmer.

Au nom de la minorité, je vous remercie dès lors de suivre le Conseil fédéral et de rejeter la motion.

Jositsch Daniel (S, ZH): Ich möchte gar nicht mehr lange auf die UNRWA eingehen; der Mehrheitssprecher hat das bestens erläutert, und wir haben ja vorhin schon über diese Organisation diskutiert. Es gibt nur noch ein, zwei Punkte, die ich der Minderheitssprecherin jetzt doch noch entgegenhalten möchte.

Sie hat, wenn ich das so zusammenfassen darf, die Kontaminierung der UNRWA etwas kleingeredet, indem sie gesagt hat, ja, es gebe da gewisse Verfahren gegen einzelne Personen, es seien aber viel mehr Personen dort angestellt. Sie hat den Bericht Colonna erwähnt, oder sagen wir einmal: das Berichtchen Colonna. Es ist ein sehr schmaler, sehr oberflächlicher Bericht. Der wirkliche Bericht, der zweite, der erstellt worden ist, ist aus Gründen, die uns nicht ganz klar sind, geheim; den durfte man nicht einsehen. Fakt ist jedenfalls: Der Bericht oder das Berichtchen Colonna sagt ganz klar – ganz klar! –, dass die UNRWA vom Gedankengut her durch die Hamas unterwandert ist, und er macht 50 Mängel geltend, die angegangen werden müssen. Ganz so harmlos ist es also nicht.

Hier ist ganz wichtig, was Herr Rieder vorhin bei der Beratung der Motion 24.3815 der APK-N gesagt hat. Wir wissen alle, wie der Konflikt im Nahen Osten gelöst wird – und ich hoffe, das wird früher sein und nicht später. Er wird am Verhandlungstisch gelöst. Er wird gelöst, indem man für Palästinenser und für Israeli eine gerechte Lösung findet. Alles andere perpetuiert nur den Krieg, und was die Hamas, was die UNRWA macht, das ist, diese Situation zu perpetuieren.

Frau Chassot hat zu Recht die Bedeutung der UNRWA für die Schulbildung in Gaza erwähnt, aber seit Jahren wissen wir, dass dort fehlgeleitete Lehrer mit einseitig angefertigten Schulbüchern eben genau diesen Konflikt in der palästinensischen Jugend weitertragen. Wir haben in der APK und in diesem Rat schon verschiedentlich Vorstösse behandelt, die diesen Mangel aufzeigen – seit Jahren. Die UNO weiss das seit Jahren, und trotzdem hat sie nichts dagegen unternommen. Deshalb sind wir jetzt in dieser Situation. Wir alle haben Mails bekommen, die vermutlich gesteuert worden sind, das hat Frau Chassot richtig gesagt, aber es gibt auch besorgte Bürgerinnen und Bürger, ja, und deshalb haben wir seit Jahren versucht, auf diesen Mangel hinzuweisen und der UNO zu sagen: Macht endlich etwas! Denn man muss sich darüber im Klaren sein, dass die Weltorganisation, die für den Frieden einsteht, mit der UNRWA eine Organisation finanziert und organisiert, bei der teilweise – das ist natürlich die Spitze des Eisbergs – Leute tätig sind, die gleichzeitig an Terroranschlägen teilnehmen. Darunter ist ein ganzer Filz von Leuten, die ideologisch instrumentalisiert sind und die Ideologie, diese gewalttätige Ideologie weitergeben wollen. Die UNO hat das gedeckt, im Wissen, dass es existiert.

Deshalb müssen wir uns fragen: Wollen wir weiterhin Steuergelder für eine solche Organisation zur Verfügung stellen oder nicht? Das ist die Frage, die wir uns stellen müssen. Das ist die Frage, um die es hier bei der Motion Zuberbühler geht. Frau Chassot hat gesagt, es seien ja nur die USA, Schweden, eventuell Holland und noch ein paar weitere, die sich überlegten, nichts mehr zu zahlen. Frau Chassot, wissen Sie, wie gross der Prozentanteil der USA an der Finanzierung der UNRWA war? Er war gigantisch. Von dem her ist eigentlich klar, dass mit dem Wegbrechen grosser Teile der Finanzierung und auch mit dem Verbot, wonach die UNRWA in Israel nicht tätig sein kann, die UNRWA, und das ist ein Fakt, langfristig keine Alternative ist – oder sagen wir es so: Die Alternative zur UNRWA ist alternativlos; das haben wir auch bei der vorherigen Motion 24.3815 festgestellt.

Jetzt kommt der Punkt, warum ich mich überhaupt zu Wort melden wollte: Wir müssen schon irgendwo noch logisch und lesbar bleiben. Was haben wir vorhin bei der Motion 24.3815 entschieden? Wir haben gesagt, wir unterstützen den Text des Nationalrates, der sagt, der Bundesrat solle sich für eine neue Lösung einsetzen. Das haben wir entschieden und damit geklärt, dass wir eine neue Lösung wollen. Die APK-S wollte bis zu dieser neuen Lösung weiterhin eine Finanzierung der UNRWA. Dazu haben wir Nein gesagt, und zwar sehr





deutlich. Also wollen wir, dass von jetzt an keine Finanzierung der UNRWA mehr stattfindet. Das müssen wir aber jetzt auch sagen, denn das haben wir bei der vorgängigen Motion 24.3815 noch nicht gesagt. Das sagen wir aber mit der Annahme der Motion Zuberbühler.

Deshalb müssen wir, wenn wir A sagen, was wir vorhin bei der Motion 24.3815 mit der Ablehnung des Zusatzes durch die APK-S gemacht haben, jetzt auch B und deshalb Ja zur Motion Zuberbühler sagen.

Chiesa Marco (V, TI): Israele ha formalmente vietato all'UNRWA di operare a Gaza, segnalando che le riforme promesse non sono ancora sufficienti a garantire la neutralità e l'affidabilità dell'agenzia.

La Svizzera ha contribuito nel 2023, e anche prima, con 20 milioni di franchi, il che corrisponde a circa il 2 per cento del bilancio complessivo dell'UNRWA – circa il 2 per cento, lo sottolineo, perché in questa sede si sta parlando di un'UNRWA che non sarebbe più capace di agire e che non avrebbe più nessuna possibilità di intervenire. Ma stiamo parlando di un contributo di 20 milioni di franchi da parte della Svizzera all'UNRWA, alla quale tutti gli anni vengono forniti più o meno 1,2 miliardo di dollari.

Non si tratta dunque di chiudere gli occhi di fronte a un dramma umanitario che vive la popolazione civile palestinese, al contrario, la Svizzera deve proseguire il suo impegno attraverso canali affidabili. Il Comitato internazionale della Croce Rossa, il Programma alimentare mondiale, l'Alto commissariato dell'ONU per i rifugiati e organizzazioni come Médecins sans frontières o Save the Children sono in grado di garantire aiuti urgenti e trasparenti a diversi livelli.

La mozione Zuberbühler chiede di sospendere immediatamente i contributi all'UNRWA – almeno fino a quando non saranno realizzate riforme credibili e verificabili – ma non di sospendere il nostro contributo umanitario. Non è dunque una decisione ideologica ma una scelta di responsabilità.

Io vi invito dunque a sostenere questa mozione. È la scelta giusta da fare per tutelare la coerenza della nostra politica estera e garantire che ogni franco dei contribuenti svizzeri sia speso a beneficio delle vittime civili e non di chi alimenta il conflitto. Ribadisco che noi rappresentiamo 20 milioni di franchi su 1,2 miliardi di dollari.

Michel Matthias (RL, ZG): Ich möchte nur kurz noch etwas zur Logik von Kollege Jositsch sagen. Ich anerkenne und respektiere seinen logischen Geist, aber die Logik, dass, weil vorhin die Mehrheit der unveränderten Motion der APK-N zugestimmt hat, man nun auch der Motion Zuberbühler zustimmen müsse, stimmt vielleicht für ihn, aber ich glaube, für einige stimmt sie nicht. Ich erinnere an das Votum von Kollege Würth: Er hat aus anderen Gründen der unveränderten Motion der APK-N zugestimmt. Er hat gesagt, der Vorbehalt, dass allfällige Beiträge der Schweiz an die UNRWA einer Konsultation der APK bedürften und für nichts anderes als für direkte humanitäre Hilfe eingesetzt werden dürften, sei bereits im Budget festgelegt. Dort sei der Vorbehalt am richtigen Ort und könne jedes Jahr neu angebracht werden. Diese Möglichkeit für einen Vorbehalt haben wir. Mit dieser Begründung hat Kollege Würth – und einige von Ihnen wahrscheinlich auch – befunden, dass es keine solche Ergänzung der Motion der APK-N braucht.

Im Gegensatz zu Kollege Jositsch kann man sagen: Wenn wir an unserer Haltung, auf die wir uns in der Beschlussfassung zum Budget schliesslich geeinigt haben – nämlich dass Zahlungen unter dem Vorbehalt einer Konsultation der APK und einer Verwendung ausschliesslich für direkte humanitäre Hilfe noch möglich sein sollen –, festhalten, dann wäre es eigentlich logisch, die Motion Zuberbühler abzulehnen.

Würth Benedikt (M-E, SG): Ich gehe mit Herrn Jositsch darin einig, dass die UNRWA auf lange oder auf mittlere Sicht eine Ablösung erfordert. Ich glaube, wir haben ein Problem;

AB 2025 S 265 / BO 2025 E 265

es wurde im Parlament und auch seitens des Bundesrates verschiedentlich identifiziert.

Jetzt liegen zwei Lösungsansätze auf dem Tisch, und diesbezüglich bin ich mit der Interpretation von Herrn Jositsch nicht einverstanden. Wir haben mit der Motion der APK-N, die wir angenommen haben, dem Bundesrat den Auftrag erteilt – einen Auftrag, der klar ist –, sich bei der internationalen Staatengemeinschaft für eine Nachfolgelösung für die UNRWA einzusetzen und den Mitteleinsatz entsprechend auszurichten. Ich sage: Das ist ein Reformansatz. Kombiniert mit den Möglichkeiten, die wir beim Budget haben, kann man damit die Dinge schrittweise in eine richtige Richtung lenken.

Der Ansatz der Motion Zuberbühler ist ein anderer. Es ist ein Grounding-Ansatz. Er verlangt sofort die Einstellung der Beiträge, und zwar generell für alle Länder, nicht nur für Gaza oder für die besetzten palästinensischen Gebiete, sondern generell, also auch für Syrien, Jordanien und Libanon. Das ist ein Grounding-Ansatz.

Die APK hat sich ja verschiedentlich mit unterschiedlichen Fragen des Nahen Ostens beschäftigt. Sie können sich an die Diskussion erinnern, die wir über die Frage der Vollmitgliedschaft Palästinas in der UNO-Generalversammlung geführt haben. Wir empfahlen damals dem Bundesrat, diesem Antrag nicht zuzustimmen.





Die Schweiz enthielt sich in dieser Frage dann auch, wenn ich richtig informiert bin. Wieso richteten wir damals diese Empfehlung an den Bundesrat? Es gab ein zeitliches Element, eine zeitliche Argumentation. Wir wollten nicht, dass Terroristen schlussendlich sagen können: Seht, es hat ja doch etwas genützt, was wir am 7. Oktober 2023 angerichtet haben. Das war das erste Argument.

Ein zweites wichtiges Argument war aber auch, dass man gesagt hat: Palästina, so, wie es heute besteht, muss man eigentlich die Staatlichkeit absprechen. Wichtige Funktionen, die einen Staat ausmachen, kann Palästina heute nicht erfüllen; Grundfunktionen eines Staates kann Palästina nicht erfüllen; diese Voraussetzungen sind eben nicht gegeben.

Die UNRWA kompensiert ein Stück weit den Mangel an staatlichen Dienstleistungen. In diesem Sinne ist die UNRWA mehr als ein Hilfswerk. Auch historisch gesehen ist die UNRWA mehr als ein Hilfswerk. Man darf die Rolle der UNRWA aber auch nicht überschätzen. Vorhin wurde gefragt: Was hat die UNRWA genützt? Es herrscht immer noch Krieg. Den Krieg kann die UNRWA nicht beenden. Den Krieg können nur die Konfliktparteien und die Verbündeten der Konfliktparteien beenden. Hier müssen wir, glaube ich, schon auch die Kirche im Dorf lassen.

Wir reden ja – Kollegin Chassot hat es ausgeführt – im Grunde genommen grob gesagt über drei Bereiche, die die UNRWA abdeckt: die humanitäre Hilfe, also die kurzfristig wirkende Hilfe, die Bildungsfragen sowie die Gesundheitseinrichtungen. Im Bereich der humanitären Hilfe habe ich aus der Kommission mitgenommen, dass doch verschiedene Organisationen den Ausfall der UNRWA kompensiert haben. Ja, die Schweiz leistet sogar mehr humanitäre Hilfe in Gaza als zuvor. Dessen müssen wir uns bewusst sein. Natürlich ist das, was in Gaza stattfindet, eine humanitäre Katastrophe, aber es ist nicht so, dass wir die Hilfe komplett eingestellt hätten – im Gegenteil, die Hilfe funktioniert eigentlich.

Zentral für unsere Entscheidungsfindung sind jedoch die beiden anderen Bereiche, also die Frage, wer die Bildungseinrichtungen und wer die Gesundheitseinrichtungen führt. Wenn man ein schnelles Grounding der UNRWA will, muss man diese Frage beantworten. Wer springt hier ein? Und wenn man keine brauchbaren Antworten hat, kann man dieser Motion nicht zustimmen. Dann muss man sich auch bewusst sein, dass man tendenziell der Radikalisierung Vorschub leistet. Wie würden Sie reagieren als Vater oder Mutter eines Kindes, dem die Bildungs- oder die Gesundheitseinrichtung weggenommen wird, bei allen Mängeln, die Herr Jositsch zu Recht angesprochen hat? Darum brauchen wir ja auch eine Reform. Wie würden Sie als Eltern in dieser Situation reagieren? Ich kann es irgendwo nachvollziehen, dass das am Schluss eher mehr Radikalisierung produziert als weniger. Das ist mein Problem mit der Motion Zuberbühler.

Es gäbe auch eine völkerrechtliche Antwort auf die Frage, wer in diese Lücke springt, zumindest im Bereich der besetzten palästinensischen Gebiete. Dort wäre es eigentlich die Besatzungsmacht; Israel müsste also eigentlich die Lücke füllen. Nur stellt sich die Frage: Ist das kurzfristig, technisch und logistisch überhaupt möglich? Das haben wir diskutiert. Diese Frage lässt sich mit gesundem Menschenverstand leicht beantworten: Das ist kurzfristig, technisch und logistisch nicht möglich. Es gibt auch noch das Thema der Akzeptanz. Wahrscheinlich ist es doch so, dass ohnehin ein UN-Akteur in die Lücke springen muss. Darum braucht es eben diese Reform, diesen Reformansatz, so, wie wir ihn vorhin beschlossen haben. Ob es das UNHCR ist oder eine andere Organisation, werden wir dann sehen, aber meine Schlussfolgerung ist klar: Es braucht Reformen. Dafür haben wir eine Motion beschlossen, die in die richtige Richtung geht. Aber ein Grounding zu provozieren oder die Schweiz bei den Ländern zu positionieren, die dieses Grounding wollen, das halte ich für nicht verantwortungsbewusst.

Am Schluss noch ein Wort an die Akteure ausserhalb dieses Saales. Es nützt nichts, während Wochen oder Monaten die Mitglieder der APK und generell die Mitglieder des Ständerates mit E-Mails zuzudecken. Ich kann Ihnen einfach Folgendes sagen: Wenn die Minderheit obsiegt, ist es nicht wegen, sondern trotz ihrer Zuschriften.

Ich bitte Sie, die Minderheit zu unterstützen.

Roth Franziska (S, SO): Ja, Herr Würth hat recht. All die vielen E-Mails betreffend die vorliegenden drei Geschäfte waren mühsam. Auch ich habe sie mit der Zeit ignoriert und etwas gemacht, was ich sonst nie mache: Ich habe besorgten Bürgerinnen und Bürgern nicht geantwortet, weil ich mit der Flut schlicht überfordert war und meine Zeit für das Suchen nach Lösungen gebraucht habe.

Was ich aber nicht ignorieren kann, ist das Leid im Nahen Osten, das Leid der Bevölkerung im Gazastreifen wie auch der Menschen in Israel, die ihre Liebsten verloren haben oder deren Liebste noch immer als Geiseln der Hamas misshandelt werden. Diese Umstände kann man nicht einfach mit einem Wisch im E-Mail-Konto ignorieren. Als Ständerätin sehe ich mich dazu verpflichtet, hier hinzuschauen. Die Sprecherin der Minderheit hat mit Zahlen und Fakten dargelegt und mit Quellenangaben gestützt, wie die Situation vor Ort ist. Herrn



Jositsch möchte ich Folgendes mitteilen: Der Bericht Colonna bestätigt, dass die UNRWA eben genau nicht so von der Hamas unterwandert ist; der Bericht bestätigt auch – und das ist für uns doch sehr wichtig –, dass die UNRWA die notwendigen Mittel zur Einhaltung der Neutralität hat und, ganz wichtig, diese anwendet. Ich möchte kurz aus einer Zuschrift zitieren, die wir erhalten haben. Es ist die Zuschrift von Jüdinnen und Juden. Sie schreiben: "Als Jüdinnen und Juden ist es unser Ziel, das Leben aller Menschen zu schützen. Als Israelis suchen wir nach einer lebenswichtigen Sicherheitsgarantie. Was am 7. Oktober 2023 geschah, war entsetzlich. Ebenso schmerzhaft ist es, die palästinensischen Opfer des Krieges zu sehen. Die Vergangenheit lässt sich nicht ungeschehen machen, aber wir haben die Möglichkeit, Einfluss auf die Zukunft zu nehmen. Um das Leben von Palästinenserinnen und Palästinensern, aber im Effekt auch jenes von Israelis zu schützen, ist eine funktionierende UNRWA unabdingbar."

Der Zahlungsstopp hätte in mehrerer Hinsicht dramatische Folgen für die Menschen vor Ort, aber auch für die Schweiz. Für die Menschen vor Ort bedeutet er Hunger, keine oder geringe medizinische Versorgung und Tod. Und für die Schweiz? Bedeutet er für uns nicht, in Trumps Stiefel zu schlüpfen und somit einen folgenreichen Schritt zur Destabilisierung der Demokratie der Welt zu machen? Ich finde schon. Es wäre auch ein weiterer Schritt gegen die internationalen Organisationen, die in einer immer instabileren Welt unter Druck sind, weil Autokraten wie Putin, Terrororganisationen wie die Hamas und demokratisch gewählte Bösewichte und Narzissten – um mit den Worten meines lieben Freundes Peter Bichsel zu sprechen – die Weltordnung mit einem infantilen Dekret oder dummen Ideen innert kürzester Zeit zerschlagen und die Menschenrechte unter Dauerbeschuss nehmen.

AB 2025 S 266 / BO 2025 E 266

Ich bin der Meinung, wer die UNRWA in der jetzigen Situation schwächt, überlässt genau denen das Feld, die man im Gazastreifen bekämpfen will, nämlich der Hamas und ihrer Schutzmacht Iran. Expertinnen und Experten des humanitären Bereichs aus unserer westlichen Welt, ebenfalls Expertinnen und Experten aus der Schweiz, sind sich einig, dass wir mit der Streichung der Gelder an die UNRWA den Nährboden für grässliche Rekrutierungsfelder der Hamas bieten, die so von jahrzehntelangem Krieg gebeutelte Kinder, die mit der Streichung der Unterstützung von uns fallen gelassen werden, für sich gewinnen kann.

Menschenrecht, Völkerrecht, humanitäre Hilfe – diese drei Begriffe sind meines Erachtens schweizerischer als Eiger, Mönch und Jungfrau. Gerade auch, weil wir als Willensnation Menschenrecht, Völkerrecht und humanitäre Hilfe immer wieder bekräftigten und selber mitgestalten konnten, konnten wir ihnen so unsere schweizerische DNA einverleiben.

Ich bin der Meinung, dass wir einen Erdrutsch auslösen, wenn wir die Motion Zuberbühler annehmen. Ich bitte Sie, die Motion abzulehnen.

Jositsch Daniel (S, ZH): Ich mache es kurz, aber ich glaube, das Votum von Herrn Würth muss ich schon noch kurz erwidern. Herr Würth und ich sind uns ja in der Analyse grundsätzlich einig. Jetzt ist die Frage, wie man in dieser Situation weitergeht. Herr Würth hat eindringlich auf den ersten Absatz – also auf den Rest, der geblieben ist – der Motion 24.3815 verwiesen, die wir vorhin angenommen haben. Er hat gesagt, die Ablösung der UNRWA sei die Lösung des Problems und unterdessen, für diese kurze Zeit, sage ich jetzt, müsse man halt die UNRWA noch finanzieren.

Ich möchte Sie einfach daran erinnern, worüber wir abgestimmt haben. Ich habe Ihnen das bei der Motion 24.3815 schon gesagt: Wir haben über einen Text abgestimmt, der sagt, der Bundesrat soll sich bei der internationalen Staatengemeinschaft für eine Nachfolgelösung einsetzen.

Nicht, dass ich uns und noch weniger Herrn Bundesrat Cassis kleinreden möchte, aber haben Sie im Ernst das Gefühl, wenn Herr Cassis zur UNO geht und sagt, die Schweiz habe beschlossen, dass sie froh wäre, es gäbe eine Nachfolgelösung, dass die UNO dann sagt: "Gut, wenn die Schweiz das entscheidet, dann setzt man das sofort um, dann macht man das natürlich"? Das ist Wunschdenken. Es gibt keine Nachfolgelösung, die in Planung ist. Es ist nicht so, dass Sie sagen können, die ist schon halb aufgebaut und jetzt müssen wir nur noch ein paar Monate warten. Es gibt sie nicht, und sie ist auch nicht geplant.

Ich sage es Ihnen noch einmal: Die UNO, zuvorderst der UNO-Generalsekretär, setzt alles daran, genau das zu verhindern. Sie wollen das nicht. Sie wollen die UNRWA und das Geld, das bezahlt wird, aufrechterhalten. Die Motion, die wir vorhin angenommen haben, in Ehren, aber sie ist Papier und sonst nichts. Sie hat keine realistische Auswirkung. Vor diesem Hintergrund stellt sich einfach die Frage, was wir tun.

Ich habe Ihnen schon vorhin gesagt, erstens ist es nicht unser Verschulden, dass die UNRWA in dieser Situation ist; wir haben verschiedentlich darauf hingewiesen. Zweitens muss das ganze Bildungs- und Gesundheitswesen neu aufgebaut werden, das ist auch klar, es existiert ja faktisch nicht mehr. Die UNRWA ist nicht





handlungsfähig, und deshalb müssen wir den Druck aufrechterhalten und erhöhen, sodass möglichst rasch eine neue Lösung für die Bevölkerung in Gaza gefunden wird. Das Einzige, was wir machen können, ist, die Verantwortung für das Geld wahrzunehmen, das unsere Steuerzahlerinnen und unsere Steuerzahler bezahlen müssen.

Wir können nicht so weitermachen und die Lösung mit der UNRWA perpetuieren. Deshalb muss man der Motion Zuberbühler zustimmen.

Sommaruga Carlo (S, GE): D'abord, une chose importante a été dite par mon préopinant, qui l'a affirmée de manière très claire, c'est qu'il n'y a pas d'alternative aujourd'hui; c'est ce que disait notre collègue Würth tout à l'heure. Dans la mesure où il n'y a pas d'alternative, on a une obligation morale et aussi une obligation en lien avec le droit international de continuer à fournir l'aide humanitaire via l'UNRWA.

Ensuite, il y a la question de la transformation de l'UNRWA. La transformation de l'UNRWA, comme d'ailleurs celle du Haut commissariat des Nations unies pour les réfugiés (HCR) s'il devait absorber l'UNRWA, dépend de l'Assemblée générale des Nations unies. On peut donc travailler pour qu'il y ait une modification du mandat – c'est ce qui a été demandé tout à l'heure par la motion que nous avons votée –, mais cela prendra du temps et il faudra qu'une majorité de pays y soit favorable. Il est alors clair que cela nécessite de devoir entre-temps naturellement soutenir encore l'organisation humanitaire qui est présente sur le territoire.

Enfin, aujourd'hui, l'UNRWA fait un travail qui est quand même remarquable; il faut le souligner, et cela a été rappelé tout à l'heure par notre collègue Isabelle Chassot. Le travail qui a été fait pour venir en aide aux deux millions de personnes juste après le cessez-le-feu n'a pas pu être remplacé par le Programme alimentaire mondial (PAM), par le HCR ou d'autres, car ces organisations de l'ONU n'ont que quelques centaines de personnes sur place. Si ces organisations devaient reprendre l'activité de l'UNRWA, elles devraient réengager les milliers de collaborateurs de l'UNRWA pour avoir cette efficacité.

Je vous invite à rejeter la motion Zuberbühler.

Binder-Keller Marianne (M-E, AG): Einfach als Entgegnung: Offenbar gibt es ja Alternativen, wenn nur 13 Prozent der Hilfsgelder über die UNRWA nach Gaza fließen.

Aber jetzt möchte ich zuhänden des Amtlichen Bulletins grundsätzlich festhalten: Wenn der Eindruck entsteht, dass man hier die UNRWA quasi mit der Hamas gleichsetzen will, dann muss man widersprechen. Die UNRWA ist ein Hilfswerk der UNO, die Hamas ist eine Terrororganisation. Die Hamas ist verantwortlich dafür, dass kein Frieden entstehen kann und so die ersehnte Zweistaatenlösung nicht möglich wird. Denn die Hamas akzeptiert den Staat Israel nicht. Die Hamas ist also das Problem der Zivilbevölkerung und auch verantwortlich für das Elend.

Wir sprechen jetzt aber über die UNRWA, und da verweise ich auf Sie, Herr Bundesrat. Sie sagten in einem Interview 2018, die UNRWA sei eben auch Teil des Problems. Sie liefere, sagten Sie, die Munition, sodass der Konflikt weitergehe. Sie sagten aber auch, um Sie ausgewogen wiederzugeben, die UNRWA Sorge für eine gewisse Stabilität. Da frage ich mich unterdessen einfach: welche Stabilität? Ich glaube nicht, dass man von einer stabilen Situation sprechen kann – im Gegenteil: Die Radikalisierung hat einen Höhepunkt erreicht, was wohl niemand abstreitet, und dafür trägt die UNRWA eben die Verantwortung. Warum? Sie ist seit Jahrzehnten für die Bildung in den Palästinensergebieten zuständig, und was ist da entstanden? Eine komplette Radikalisierung.

Das ist gegen den Frieden und auch gegen das Interesse der Zivilbevölkerung. Ja, die Hamas ist nicht das Gleiche wie die UNRWA, aber wir beobachten seit Jahren, wie sich die Verbindung zwischen der UNRWA und den Terrororganisationen Hamas und Islamischer Dschihad verstärkt. Weshalb trägt die UNRWA die Verantwortung? Weil sie nicht nur, aber grundlegend für die Bildung zuständig ist. Die radikalen Bildungsinhalte, gerade auch in den Schulbüchern, sind nicht erfunden. Wenn wir einen Beweis wollen, was diese Radikalisierung anrichtet, dann muss man sich nur einmal die Geiselübergaben vor Augen führen. Alle haben diese Bilder gesehen. Wenn Kinder die Parade von Särgen bejubeln, wenn bejubelt wird, dass halbverhungerte Menschen durch die Massen getrieben werden, wenn junge Väter mit ihren kleinen Kindern dem fürchterlichen Schauspiel beiwohnen, dann ist doch irgendetwas mit der Bildung durch die UNRWA in den letzten vierzig Jahren komplett schiefgelaufen. Eine solche Bildung zur Radikalisierung ist letztlich auch zutiefst grausam gegenüber den Kindern. Das hat bei mir das Fass zum Überlaufen gebracht.

Ein letztes Wort noch zur UNO: Die UNO hat eben eine Schlagseite. Wenn man bedenkt, dass sich in der UNO und

AB 2025 S 267 / BO 2025 E 267

ihren Unterorganisationen über 90 Prozent aller Resolutionen gegen den Kleinstaat Israel richten, also gegen





den einzigen Rechtsstaat im Nahen Osten, dann ist die Schlagseite eindeutig. Man stelle sich das einmal vor: Nur etwa 8 Prozent der Resolutionen werden gegen Staaten wie Iran, Nordkorea, Afghanistan und so weiter ausgesprochen.

Nochmals: Für mich ist klar, dass die Schweiz in Gaza humanitäre Hilfe leisten soll. Mich bedrückt das Elend der Bevölkerung auch. Aber es gibt Alternativen, da nur 13 Prozent der Hilfsgüter über die UNRWA fließen. Die UNRWA selber überzeugt mich nicht.

Regazzi Fabio (M-E, TI): In effetti, mi aspettavo un dibattito emozionale e così è stato. D'altra parte, le numerose pressioni che abbiamo ricevuto, soprattutto da una parte, sono lì a testimoniare l'emozionalità del tema. Ritengo anch'io, come qualcuno l'ha già detto, che queste pressioni hanno in realtà un effetto controproducente; ma questa è una considerazione a margine del dibattito.

Per venire invece alla discussione interessante di oggi, volevo tornare su un'affermazione che ha fatto il collega Würth quando ha parlato di "grounding". Bene, io credo che invece non sia corretto parlare di grounding in questa situazione, perché, cifre a mano, oggi discutiamo di 20 milioni di franchi di fronte a un budget di 1,2 miliardi di dollari; in altre parole, il contributo svizzero corrisponde a nemmeno il 2 per cento. Ora, anche se oggi noi dovessimo negare questo contributo, non si può parlare di grounding di questa organizzazione, perché comunque disporrebbe ancora di molte risorse per far fronte ai propri impegni. Questo per dire che sostanzialmente la discussione di oggi, a mio avviso, ha un valore prettamente simbolico, e su questo naturalmente si possono avere opinioni differenti.

Però vorrei fosse chiaro, almeno per quel che mi riguarda, ma credo che sia l'opinione di tutti i presenti, anche di chi si oppone a versare questo contributo, che nessuno vuole negare degli aiuti a queste popolazioni per cercare di dar loro un sollievo in una situazione che è oggettivamente disastrosa. Il problema, semmai, è l'organizzazione alla quale questi contributi sono destinati. Come è stato ricordato da qualcuno che mi ha preceduto, l'UNRWA in questi anni ha dimostrato di essere decisamente poco affidabile. Avrebbe avuto la possibilità di intervenire, ma non lo ha fatto, e ha tollerato delle situazioni per anni nonostante i richiami giungessero da più parti. Questo la rende un soggetto perlomeno dubbio e anch'io, come il collega Jositsch, ho qualche perplessità a mettere a disposizione di una simile associazione, chiaramente infiltrata da elementi che fanno parte di un'organizzazione terrorista quale lo è Hamas, dei soldi e dei fondi dei contribuenti svizzeri. Per queste considerazioni sosterrò la maggioranza della commissione, ma ci tenevo a formulare comunque queste precisazioni.

Poggia Mauro (V, GE): Le sujet que nous abordons aujourd'hui, à travers les différents textes qui nous sont soumis, va certainement au-delà de l'application de l'article 1 des Conventions de Genève, qui oblige les Etats signataires à ne pas soutenir une partie qui viole le droit. Qu'y a-t-il de plus contraire au droit que de générer intentionnellement une crise humanitaire en affamant une population, en la privant de soins et d'abri pour la pousser à la fuite? Non, chers et chers collègues, au-delà du droit international, il en va de notre identité helvétique, forgeron du droit humanitaire. En cela, c'est vrai que cette décision est symbolique, car l'UNRWA ne va pas disparaître selon la décision qui sera prise aujourd'hui.

Où est donc passé l'esprit d'Henri Dunant, fondateur de la Croix-Rouge, bouleversé par le spectacle des blessés restés sans soins sur le champ de bataille de Solferino? Nos concitoyennes et nos concitoyens ne comprennent pas, et ils ont raison. Le but de l'UNRWA est de répondre, on l'a dit, aux besoins essentiels des réfugiés palestiniens en matière de santé, d'éducation, d'aide humanitaire et de services sociaux. Les réfugiés palestiniens sont ainsi les seuls réfugiés au monde à ne pas dépendre du Haut Commissariat des Nations unies pour les réfugiés, qui serait bien incapable de s'en occuper.

On l'a rappelé: l'UNRWA a été créée à la suite de la première guerre israélo-arabe de 1948 par la résolution 302 de l'Assemblée générale des Nations Unies du 8 décembre 1949. Le mandat de cet organisme, qui devait être temporaire – on l'a rappelé aussi –, a été constamment renouvelé par l'Assemblée générale des Nations Unies. En quelque sorte, l'UNRWA incarne la culpabilité internationale et son incapacité à régler politiquement et diplomatiquement un problème dans la région. En 1967, au lendemain de la guerre des Six Jours, Israël lui-même a signé un mandat avec l'UNRWA pour s'occuper des Palestiniens sur les territoires occupés, ne pouvant évidemment les prendre en charge lui-même.

L'UNRWA dispense aujourd'hui ses services dans 59 camps. Elle est de loin la plus grande agence des Nations Unies, avec un personnel de plus de 30 000 personnes, dont 99 pour cent sont des réfugiés palestiniens eux-mêmes, recrutés localement et oeuvrant comme enseignants, médecins ou travailleurs sociaux. Comment peut-on imaginer que ces réfugiés eux-mêmes ne soient pas directement concernés et impliqués par la souffrance d'un peuple dont ils font partie? A moins de sombrer dans une réalité alternative, l'UNRWA est seule –



on l'a dit et on l'a répété – à pouvoir faire ce travail. Le CICR l'a confirmé. Sans l'UNRWA, pas d'aide humanitaire, sans aide humanitaire, pas d'avenir, sinon la construction d'une vengeance dont les réseaux terroristes sauront tirer profit un jour.

Ce n'est pas pour rien d'ailleurs que la volonté d'interdire cette agence à Gaza appuie le discours d'un déplacement de la population palestinienne hors de ce territoire. L'UNRWA incarne le droit au retour des réfugiés palestiniens avec l'aval du droit international, c'est pour cela que certains considèrent que l'UNRWA doit être démantelée. Plus d'UNRWA, plus de droit au retour, plus de droit au retour, plus de solution à deux Etats.

C'est vrai, on l'a rappelé: notre chef du département lui-même, en 2018, disait, à mon avis maladroitement, que l'UNRWA faisait davantage partie du problème que de la solution. On le voit bien, il y a une ambivalence dans notre discours officiel.

Sous quel prétexte vient-on essayer de nous convaincre de supprimer l'aide à l'UNRWA? Une douzaine de collaborateurs, sur 30 000, je le répète, auraient soutenu l'ignoble et criminelle attaque du 7 octobre 2023. Et sous quelle forme? Le gouvernement israélien refuse toute explication et refuse de remettre les preuves. Le pire des criminels, devant un procureur qui refuserait de présenter ses charges, serait acquitté. Ici, c'est tout le contraire: plus l'accusation est vague et plus la culpabilité est établie.

Ce qui est le plus incompréhensible dans ce Parlement, c'est le fait que cet alignement sur une propagande dont on connaît l'origine soit soutenu par certains pour qui notre souveraineté, notre indépendance et notre neutralité sont les mères de toutes les batailles. Comment justifier que la Suisse, neutre et dépositaire des Conventions de Genève, qui sont censées protéger notamment les civils lors des conflits, soit seule aux côtés des Etats-Unis à soutenir, par une décision juridiquement et moralement injustifiable, la condamnation au dénuement et à la disparition d'une population déjà exterminée par des bombardements à large échelle, qui ont d'ailleurs repris de plus belle aujourd'hui?

Aujourd'hui, l'histoire regarde la Suisse – certes au niveau des symboles, mais l'histoire est aussi composée de symboles. C'est notre identité et notre crédibilité internationale qui se jouent. Choisissons le bon côté de l'histoire, il est encore temps.

Je vous demande de suivre la minorité et le Conseil fédéral, et de rejeter cette motion.

Chassot Isabelle (M-E, FR): Je me limiterai à revenir sur trois éléments qui ont été mentionnés dans le débat en lien avec mon intervention.

Le premier concerne le rapport Colonna dont j'aurais sous-estimé les conclusions. Ce que je vous ai indiqué, c'est que le rapport Colonna – ce n'est pas un petit rapport, tout de

AB 2025 S 268 / BO 2025 E 268

même, il fait plus de cinquante pages – mentionnait que les conclusions étaient claires quant à la non-implication de l'agence onusienne. Cela concernait en particulier les personnes – je ne vais pas me répéter, parce que notre collègue Poggia l'a aussi indiqué et je l'en remercie. Je veux juste vous donner les éléments du rapport indiquant que l'enquête sur les 19 cas signalés avait montré les conclusions suivantes: un cas avait été mal identifié; dans neuf cas, les preuves étaient insuffisantes et l'enquête a été clôturée; dans neuf autres cas, les preuves, si elles venaient à être authentifiées et corroborées, pourraient indiquer que les employés auraient pu commettre une faute. Bien qu'aucun des cas n'ait été avéré, ces neuf employés ont été tous licenciés dans l'intérêt de l'agence. En juillet 2024, l'UNRWA avait reçu une lettre du gouvernement israélien qui listait 100 noms et, en octobre 2024, un communiqué était envoyé aux Nations Unies, listant cinq noms de personnes, toutes accusées d'être membres du Hamas. L'UNRWA a immédiatement demandé des preuves au dit gouvernement sans cependant recevoir de réponse. Il y a donc des éléments qui sont encore ouverts de ce point de vue. Cela n'excuse en rien, je tiens à le dire, l'activité de ces personnes – leur activité terroriste –, et des sanctions ont également été prises. Ce que le rapport Colonna indique, par ailleurs de manière assez claire, c'est que l'UNRWA a de meilleurs contrôles de mécanismes que beaucoup d'autres agences onusiennes. Ces éléments devaient être indiqués.

Le deuxième élément: oui, il y a un rapport secret de l'ONU, mais comme le sont tous les rapports de contrôle des agences onusiennes. S'il n'est pas publié, ce n'est pas parce qu'il s'agit d'un rapport sur l'UNRWA, c'est parce que c'est la règle. On peut le regretter, mais c'est la règle onusienne.

Le dernier élément concerne l'intervention de notre collègue Chiesa: oui, la somme peut paraître minime, mais comme l'a rappelé notre collègue Poggia, la question du symbole est extrêmement importante, le symbole d'une participation de la Suisse à une organisation onusienne internationale dont elle est actuellement membre et qu'elle a soutenue jusqu'à maintenant. C'est important de continuer à le faire et de ne pas faire comme les deux pays qui se sont retirés; les autres pays ont repris leur soutien après la publication du rapport Colonna.





AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Frühjahrssession 2025 • Neunte Sitzung • 18.03.25 • 08h15 • 24.3194
Conseil des Etats • Session de printemps 2025 • Neuvième séance • 18.03.25 • 08h15 • 24.3194



Je vous encourage donc, encore une fois, à soutenir le Conseil fédéral et à rejeter la motion.

Cassis Ignazio, Bundesrat: Ja, diese Frage beschäftigt uns wirklich seit Langem: Der Bundesrat verfasste Berichte, die Kommissionen machten Anhörungen, und die Räte debattierten mehrmals darüber. Das Thema vertrete ich nun seit acht Jahren kontinuierlich.

Doch wie ist die aktuelle Lage vor Ort? Seit dem 30. Januar 2025 gelten zwei Knesset-Gesetze: Das eine verbietet die UNRWA in Israel, einschliesslich des von Israel besetzten Ostjerusalems, das andere untersagt allen israelischen Behörden den Kontakt zur UNRWA.

Die Nichterneuerung der Visa für internationales Personal beeinträchtigt die UNRWA und ihre Funktionsfähigkeit, dennoch arbeitet das nationale Personal im besetzten palästinensischen Gebiet weiter. Wie lange die Organisation unter diesen Bedingungen operieren kann, ist heute ungewiss. Trotz aller Herausforderungen erbringt die UNRWA weiterhin wichtige Dienstleistungen. Seit dem Waffenstillstand am 19. Januar 2025 hat sie, die UNRWA, einen Grossteil der Bevölkerung im Gazastreifen mit Nahrungsmitteln versorgt und im Februar gemeinsam mit der Unicef und der WHO über 200 000 Kinder gegen Polio geimpft.

Je vous rappelle également que l'UNRWA n'opère pas seulement à Gaza et en Cisjordanie, mais également en Jordanie, au Liban et en Syrie. Hors du Territoire palestinien occupé, elle est en mesure de fournir des services sociaux, de santé, d'éducation à près de 3,5 millions de personnes. Elle joue un rôle de stabilisation dans la région. Toutes ses activités restent cependant fragiles face à l'incertitude du financement.

Ich komme nun zur vorliegenden Motion. Der Bundesrat teilt die Besorgnis über die schweren Vorwürfe gegen einzelne UNRWA-Mitarbeiter und hat stets betont, dass er von seinem Partner eine kompromisslose Haltung gegen jegliche Unterstützung des Terrorismus erwartet. Die UNRWA war nie als Dauerlösung gedacht. Ihr Zweck ist nicht ihr Fortbestand, sondern die Versorgung palästinensischer Flüchtlinge, bis die Zweistaatenlösung verwirklicht und ein palästinensischer Staat gegründet wird – ein Ziel, das der Bundesrat unterstützt. Da nur die UNO-Generalversammlung das Mandat der UNRWA ändern kann, ist es entscheidend und glaubwürdig, an der Debatte über ihre Zukunft mitzuwirken.

Eine Annahme der Motion Zuberbühler würde die ohnehin prekäre Lage verschärfen, selbst bei einer Umverteilung der Mittel an andere Organisationen. Ich erinnere Sie daran, dass wir Ende 2003 im Rahmen eines Nachtragskredites, der von beiden Kammern angenommen wurde, 100 Millionen Franken für die Nothilfe und die humanitäre Lage im Gazastreifen gesprochen und ausgegeben haben, aber die UNRWA war nicht die Empfängerin dieses Geldes. Andere Organisationen haben es benutzt. Eine Annahme der Motion Zuberbühler würde die prekäre Lage trotzdem verschärfen, selbst bei einer Umverteilung der Mittel an andere Organisationen. Die Folgen wären nicht nur in Gaza spürbar, sondern auch im Westjordanland, in Jordanien, im Libanon und in Syrien. Zudem könnte dies in den betroffenen Ländern als eine Abkehr der Schweiz von der Unterstützung der Zweistaatenlösung wahrgenommen werden.

Es wäre falsch, und das haben Sie korrekterweise in Erinnerung gerufen, die UNRWA nur als humanitäre Organisation zu bezeichnen. Sie ist viel mehr als das, und das haben Sie heute in Ihrer Debatte gut in Erinnerung gerufen.

Angesichts dieser Situation empfiehlt der Bundesrat, der Minderheit Ihrer Kommission zu folgen und die Motion abzulehnen.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.3194/7328)

Für Annahme der Motion ... 19 Stimmen

Dagegen ... 25 Stimmen

(1 Enthaltung)